

Die vollständige Übertragung der katholischen Grund-, Fach- und Höheren Schulen an den Staat ab 1. Oktober 1969 beschloß der Episkopat von Obervolta (Westafrika) am 12. Februar 1969. Die Bedeutung dieser Entscheidung ergibt sich daraus, daß diese Schulen knapp über ein Drittel der Schüler und Lehrer des Landes ausmachen (Gesamtzahl der Schüler 150 000). In ihrem Kommuniké (vgl. „Afrique nouvelle“, 20./26. 2. 69) führen die Bischöfe die Gründe dafür an. Die Situation der katholischen Schulen mit staatlicher Subventionierung „ist zu sehr Gegenstand von Mißverständnissen und Verleumdungen geworden“. Sie mindere „das gegenseitige Vertrauen“ und gefährde eine „gute und definitive Lösung des Problems der katholischen Schulen“ so sehr, daß eine „Spaltung im Lande drohe“. Der mit diesen Worten umschriebene Sachverhalt besteht nicht nur in Obervolta. Dort gab die Regierung den katholischen Schulen einen variablen anteilmäßigen Zuschuß zur Lehrbesoldung, der jedoch — da unzureichend — eine ständig wachsende Deckungslücke im Schuletat der Bischöfe hinterließ. Faßten die katholischen Lehrkräfte ihren Unterricht früher noch als einen Dienst der Kirche auf und begnügten sie sich daher mit einer niedrigeren Gehaltsstufe als ihre staatlichen Kollegen, so fordern sie nun seit einigen Jahren von den Bischöfen die gehaltliche Gleichstellung. Dem steht der Zwang der Regierung gegenüber, zunächst ihren eigenen Staatshaushalt zu sichern, was zur Tendenz führt, u. a. die Subventionen für die Privatschulen zu kürzen. Die Bischöfe ihrerseits sehen sich außerstande, zu den übrigen Unterhaltungskosten für die Schulen auch noch zur Lehrbesoldung beizusteuern. Von den Eltern können sie keinen größeren freiwilligen Beitrag mehr verlangen, da er deren Möglichkeiten übersteigen würde. Den Lehrern ist ein Verzicht auf die ihnen arbeitsrechtlich zustehende Besoldung nicht mehr zuzumuten. Hinzukommt, daß diese Situation bereits jetzt Anlaß zu „Unzufriedenheit, Mißverständnissen und Verleumdungen“ gibt. Dies wiederum wirkt sich schädigend auf die kirchliche Missionsarbeit aus. Daher „sahen sich die Bischöfe gezwungen“, diese „schmerzhaft“ und „reiflich überlegte“ Entscheidung zu fällen, um dem Frieden des Landes zu dienen, der vor allen anderen Gütern als vorrangig anzusehen sei. Es handle sich dabei also nicht um „Sabotage“ noch darum, „die Regierung in noch größere Schwierigkeiten zu bringen“.

Die Anfang Februar 1969 von den bolivianischen Bischöfen veröffentlichte Stellungnahme zu „*Humanae vitae*“ (vgl. NC News Service, 12. 2. 69) weicht erheblich vom Tenor der meisten Verlautbarungen der lateinamerikanischen Episkopate ab. Bekanntlich ist die Mehrzahl der dortigen Bischöfe vor und nach Veröffentlichung der Enzyklika für die traditionelle Lehre eingetreten, wobei allerdings aus ihren Argumenten deutlich wird, daß nicht so sehr theologische Gesichtspunkte, sondern Fragen des Bevölkerungswachstums im Vordergrund stehen (vgl. HK 22, 150 und 539). Die späte Stellungnahme aus Bolivien war ausführlich vorbereitet worden („*Noticias Aliadas*“, 1. 2. 69). Die Bischöfe empfehlen das Studium von „*Humanae vitae*“ unter allen Aspekten, heben jedoch gleichzeitig hervor, daß es sich nicht um eine *ex-cathedra*-Entscheidung handelt, weshalb „wir auch nicht zu bedingungsloser und absoluter Zustimmung verpflichtet sind“. „Wenn jemand, der für eine gesunde, persönliche, auf vorgängiger Information basierende Urteilsbildung kompetent ist, nach ernsthafter Prüfung der Materie vor Gott zu anderen Schlußfolgerungen kommt, hat er ein Recht auf seine Überzeugungen, wenn er auch zu weiterem ernsthaftem Forschen verpflichtet bleibt.“ „Solche Personen sollten aber die Anhänglichkeit zu Christus und seiner Kirche bewahren. Die Bischöfe bezeichnen die empfohlene Methode der Zeitwahl als eine in manchen Fällen gangbare Methode. Einige Argumente des Papstes über die Grundsätze und die Folgen der Empfängnisverhütung seien aber „nicht für jeden gänzlich überzeugend“. Wer zu einer anderen Überzeugung gelange, dürfe nicht beschuldigt werden, sein Handeln sei von „egoistischen und hedonistischen“ Motiven bestimmt. Letzten Endes sei nach der traditionellen Lehre der Kirche die Frage der Geburtenregelung von den Eheleuten selbst im Angesicht Gottes zu entscheiden. Zur demographischen Situation heißt es, die lange Zeit stagnierende Bevölkerungsentwicklung sei vor allem auf die Kindersterblichkeit und die Unterernährung zurückzuführen. „Eine echte Bevölkerungspolitik müßte in unserem Fall um die Hebung des Lebensstandards bemüht sein.“ Die Bischöfe wenden sich gleichzeitig gegen willkürliche Maßnahmen seitens „internationaler Organisationen“ (vgl. auch HK 22, 549), die ohne Achtung vor Freiheit und Würde des Menschen mit „unerlaubten Mitteln“ Geburtenregelung betrieben.

## Bücher

LOUIS MALEVEZ SJ, *Pour une théologie de la foi*. Desclée de Brouwer. Paris/Brügge 1969, 261 Seiten.

Da Glauben-können heute Thema Nr. 1 der Theologie ist und die deutsche Literatur darüber, wie etwa G. Muschalek „Glaubensgewißheit in Freiheit“ (Quaestiones disputatae 40. Herder, Freiburg 1968) zeigt, mit dem Thema nicht zurechtkommt, sei hier der Versuch eines in Deutschland durch seine Arbeiten über R. Bultmann und K. Barth wohlbekannten Autors angezeigt. Diese Neuerscheinung ist gleichsam ein Test, an dem das theologische Können erkennbar wird. Übrigens sind fünf der insgesamt sechs Kapitel zwischen 1960 und 1968 bereits in der „Nouvelle Revue Théologique“ erschienen, nur das zweite Kapitel „Le Message et la foi“ ist ein Erstdruck (S. 45—101). Er macht den „Sitz im Leben“ seiner Bemühungen erkennbar: dem Glauben in der säkularisierten Welt zu helfen. Und zwar in ständiger Auseinandersetzung mit dem Sprecher der scholastischen Methode, P. de Broglie SJ, der beim Begriff der „Zeichen“ für die Glaubwürdigkeit der Botschaft hängenbleibt und „Zeichen“ hellenistisch als „Fahne“ oder „Symbol“ und nicht alttestamentlich als „Kraftakt“ Gottes, als einmaliges Ereignis versteht. Es ist der besondere Reiz des Buches, mitzuerleben, wie ein scholastisch gebildeter Theologe sich mit Hilfe seiner Studien evangelischer Autoren aus dem hoffnungslosen Zirkel der „Glaubwürdigkeits“-Theologie befreit, die

nach zwingenden Beweisen zur Unterstützung der „Pflicht zum Glauben“ (an Doktrinen und institutionelle Autoritäten) forscht und doch die von Gott gewollte Freiheit des Glaubensaktes wahren muß. Malevez gelingt der Ausbruch aus dem Zirkel im Kapitel III „Foi existentielle et foi doctrinale“ (S. 103—131) durch Analyse der Glaubensakte in den Evangelien bei den Heilungen Jesu. Gegenüber der Behauptung von der „Inferiorität“ des personalen Glaubens bei den Synoptikern stellt er klar, daß dieser Glaube keine Antithese zum theologischen oder doktrinalen Glauben ist und auch kein protestantischer Fideismus, vielmehr setze er die alttestamentliche Tradition fort, die Erfahrung der Ohnmacht des Menschen, seiner „détresse“, seiner Herzensangst, die vom gläubigen Hören auf den Anruf der Verheißung geheilt wird. Ohne diesen das Herz befreienden Glauben sei der Lehr-Glaube nichts, er könne — mit Luther zu sprechen — auch von den Teufeln bekannt werden. Das Buch gehört wohl als deutsche Ausgabe in die Hand aller Theologen und Laien.

KARL GUIDO REY, *Das Mutterbild des Priesters*. Zur Psychologie des Priesterberufes. Benziger Verlag, Zürich/Einsiedeln/Köln 1969, 140 Seiten (DM 14.80).

Der vorliegende Band stellt Methode und Untersuchungsergebnisse einer Umfrage unter Geistlichen (wie auch an Seminarien

und Ordenshäusern) dar, welche die „natürlichen Grundlagen der Weckung, des inneren Werdens und Wachsens“ der Berufung zum Priestertum, aber auch die „Hemmnisse, die sich dieser Berufung entgegenstellen“, deutlicher erfassen wollen. Dabei kam es dem Autor vorwiegend auf den Einfluß der Mutter (aber auch des Vaters) auf die Entscheidung zum Beruf des Priesters an. Die Arbeit, die bereits im Jahre 1961 verfaßt wurde, konnte damals nicht veröffentlicht werden. Auch Versuche, den Inhalt in Auszügen in Seelsorgszeitschriften zu publizieren, scheiterten. Offensichtlich war damals, wie der Autor betont, die Zeit noch nicht reif, wissenschaftliche Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet ohne Vorurteile zu diskutieren. Die vorliegende Arbeit wird unverändert der Öffentlichkeit vorgelegt, wodurch einiges (z. B. die Seminar- und Internatserziehung betreffend) überholt ist. Die inzwischen gemachten analytischen Erfahrungen mit Priestern und Theologen sollen später veröffentlicht werden. Als wichtigste Untersuchungsergebnisse, die trotz aller Wissenschaftlichkeit ihren problematischen Charakter wohl nicht ganz verlieren werden, hält der Autor u. a. fest: Das Mutterbild sei gegenüber dem Vaterbild in „hochsignifikanter Weise der Hauptantrieb zur Ergreifung des Priesterberufes“. Eine religiös ausgerichtete Mutter gewinne für die Priesterberufung bei „indifferenter oder negativer religiöser Einstellung des Vaters an Bedeutung“. Das priesterliche Vorbild stelle „im allgemeinen einen religiösen Vaterersatz dar“. Eine „religiös indifferente Einstellung der Mutter vermindert die Wahrscheinlichkeit der religiösen Berufsergreifung“, und eine religiös „negative Einstellung der Mutter mache die Berufung zum Priestertum unwahrscheinlich“. In einem letzten Abschnitt interpretiert der Autor einige Untersuchungsergebnisse ausführlicher.

EMMERICH ANDRAŠ und JULIUS MOREL, **Bilanz des ungarischen Katholizismus**. Kirche und Gesellschaft in Dokumenten, Zahlen und Analysen. Heimatwerk-Verlag, München 1969, 255 Seiten.

JULIUS MOREL, **Religion in der kommunistischen Presse**. Eine Inhaltsanalyse. Kommissionsverlag der Österreichischen Kommissionsbuchhandlung, Innsbruck 1968, 215 Seiten, Anhang, DM 28.20.

Beide Bücher sind in ihrer Art einzig. Andraš und Morel unternehmen zum erstenmal seit 40 Jahren den Versuch einer zusammenfassenden Darstellung der religiös-kirchlichen Verhältnisse in Ungarn und tragen damit zugleich in einem Handbuch alle wichtigen Grundinformationen über die Kirche in einem sozialistischen Land zusammen. Das bereits in vielen Einzelstudien veröffentlichte Material wird dabei so zusammengefaßt und geordnet, daß es ein zusammenhängendes Bild der ungarischen Kirche heute vermittelt. Zur Sprache kommen u. a. Land, Geschichte, Gesellschaft und Wirtschaft ebenso wie — nach einer kurzen kirchengeschichtlichen Einführung — das Verhältnis Kirche und Staat unter einem sozialistischen Regime, Auszüge aus der staatlichen Gesetzgebung, die Seelsorge innerhalb wie außerhalb Ungarns sowie auch die nachkonziliaren Aspekte des ungarischen Katholizismus. Das statistische Material wird jedoch — wie die Herausgeber selbst betonen — nicht „nach den üblichen Maßstäben“ beurteilt werden dürfen, da die kirchliche Statistik in Ungarn im Gegensatz zur staatlichen sehr vernachlässigt worden sei. Eine eigentliche Analyse der kirchlichen Situation will das Werk jedoch nicht bieten. Dies müßte einer weiterführenden Publikation vorbehalten bleiben. — Einzig in seiner Art ist auch das zweite von Julius Morel herausgegebene Buch dadurch, daß hier zum erstenmal der Versuch unternommen wird, die Methode der tendenziösen Behandlung religiöser Problematik im offiziellen Presseorgan der Kommunistischen Partei Ungarns, „Szabad Nép“ bzw. „Nápszabadság“ (so nach dem ungarischen Aufstand 1956 umbenannt), mit Hilfe der wissenschaftlichen Inhaltsanalyse aufgrund von 19 012 Untersuchungseinheiten darzustellen. Dabei verarbeitet der Autor mit Hilfe des Lockkartensystems 17

Jahrgänge des genannten Presseorgans und kann damit auf wissenschaftlich gesichertem Weg — zahlenmäßig belegt — „verblüffende Regelmäßigkeiten“ in der Darstellung religiöser Themen aufzeigen, die auf eine starke Manipulation der Information schließen lassen.

SAUL FRIEDLÄNDER, **Réflexions sur l'Avenir d'Israel**. Editions du Seuil, Paris 1969, 186 Seiten.

Der Sieg im „Sechstagekrieg“, dem kein Frieden folgen will, ist sicherlich der Anfang einer neuen Epoche in der Geschichte Israels. Zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte dieses jungen Staates ist die Zukunft so voller Fragen gewesen wie heute. Friedländer, Professor für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen an der Universität Jerusalem und in Genf, versucht im Rahmen einer sehr umfassenden Bestandsaufnahme Antworten zu finden und Möglichkeiten aufzuweisen. Friedländers politischer Standpunkt ist im wesentlichen „achadhaamistisch“ (kulturzionistisch; Behauptung des jüdischen Staates als jüdischen Mittelpunkt; möglichst gerechten Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung).

Friedländer kommt zu dem Schluß, daß die Aussicht für einen Frieden mit den arabischen Staaten in der nahen Zukunft gering ist. Ein separater Frieden mit Jordanien wäre vielleicht möglich, doch könnte erst ein Frieden, der mit dem mächtigsten arabischen Staat, mit Ägypten, geschlossen wird, Bestand haben. Da die Araber wenigstens bis jetzt durchaus entschlossen sind, Israel zu vernichten, muß die Sicherheit des Staates allen anderen Erwägungen vorangehen. Die besetzten Gebiete müßten daher militärisch gesichert bleiben (dies sogar auch im Falle eines Friedensschlusses), sollten aber auf keinen Fall annektiert werden, weil dies selbst im günstigsten Fall Israel vor ein kaum lösbares demographisches und politisches Problem stellen würde, denn die Araber in den annektierten Gebieten müßten die vollen staatsbürgerlichen Rechte erhalten. Diese Gebiete sollten aber möglichst unter arabischer Selbstverwaltung bleiben. Der technologische, aber auch der moralische Vorsprung der israelischen Armee wird in absehbarer Zeit von den Arabern nicht eingeholt werden, jedenfalls nicht ohne tiefgreifende Änderung der sozialen Verhältnisse in den arabischen Staaten. Die Gefahr einer begrenzten sowjetischen Intervention sei nach den Ereignissen in der ČSSR zwar denkbar, ein Angriff der Russen, der die Existenz des Staates gefährden würde, würde aber auch eine amerikanische Intervention zur Folge haben. Die Aktionen der arabischen Terroristen könnten unter den gegebenen Umständen nicht wesentlich ins Gewicht fallen.

Innenpolitisch stellt sich als vordringliches Problem die Integration und faktische Assimilation der Neueinwanderer aus Asien und Afrika. Die Hoffnung, diese Gruppen, die heute samt ihren Nachkommen bereits 45% der Bevölkerung ausmachen, in absehbarer Zeit dem Standard der europäischen Juden anzugleichen, hat sich nicht erfüllt; der Assimilationsprozeß wird nach den bisherigen Erfahrungen mehrere Jahrzehnte dauern (das Zivilisationsgefälle zeigt sich deutlich an der Bildungsstatistik. In den Oberschulen waren 1965 32% der Schüler orientalischer Herkunft, 1967/68 36,5%. In den Abschlußklassen der Gymnasien sind es jedoch nur 13%, an der Universität 9,7% bis zu den ersten akademischen Prüfungen, 7,7% nach den ersten Prüfungen, gegenüber 5% im Jahre 1961). Sollte die Integration nicht gelingen, dann würde Israel nicht nur seinen außerordentlich hohen Bildungsstand verlieren, sondern auch zunehmend levantinisieren, d. h. technologisch und wohl auch moralisch so geschwächt werden, daß seine Existenz inmitten einer feindlichen Umwelt in Frage gestellt wäre. Daneben sieht Friedländer vor allem das Problem der politischen Rückständigkeit als eine Gefahr: Das Beharrungsvermögen der überalterten Parteiapparate besonders in der Arbeiterpartei frustriert die jüngeren Politiker und macht bedeutende politische Initiativen unmöglich. Dies wirke sich auch im wirtschaftlichen Bereich aus, da ein wesentlicher Teil der israelischen Wirtschaft im Besitz der Gewerkschaften